

---

**Verordnung  
über das Sonderstatut des Berner Juras und über die  
französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel  
(Sonderstatutsverordnung, SStV)**

vom 02.11.2005 (Stand 01.08.2017)

---

*Der Regierungsrat des Kantons Bern,*

gestützt auf Artikel 31 Buchstaben f und g, Artikel 33 Absatz 3 und Artikel 68 des Gesetzes vom 3. September 2004 über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatutsgesetz, SStG)<sup>1)</sup>,

auf Antrag der Staatskanzlei,

*beschliesst:*

## **1 Bernjurassischer Rat (BJR)**

### **Art. 1**      *Sitz*

<sup>1</sup> Der Bernjurassische Rat (BJR) legt in seinem Organisationsreglement den Sitz seines Generalsekretariats fest.

### **Art. 2**      *Amtsperiode des Büros*

<sup>1</sup> Die Amtsdauer des Büros beginnt am 1. Juni und endet am 31. Mai des folgenden Jahres.

<sup>2</sup> Vakanzen während der Amtsdauer werden für die verbleibende Dauer neu besetzt.

### **Art. 3**      *Budget*

<sup>1</sup> Der BJR kann der Staatskanzlei jedes Jahr einen Budgetantrag unterbreiten.

---

<sup>1)</sup> BSG 102.1

\* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses  
05-130

## **2 Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB)**

### **Art. 4**      *Budget*

<sup>1</sup> Der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) kann der Staatskanzlei jedes Jahr einen Budgetantrag unterbreiten.

### **Art. 5**      *Zuweisung von Gemeindeaufgaben an den RFB und Gemeindebeitrag*

<sup>1</sup> Die Einwohnergemeinden des Verwaltungskreises Biel/Bienne informieren die Staatskanzlei, wenn sie die Absicht haben, dem RFB Gemeindeaufgaben zuzuweisen. \*

<sup>2</sup> Die Ausübung der politischen Mitwirkung auf Gemeindeebene (Art. 7 der Versuchsverordnung vom 21. Juni 2017 über die Erweiterung des Wirkungsbereiches des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel auf den Verwaltungskreis Biel/Bienne [RFB VV]<sup>1)</sup>) ist eine Gemeindeaufgabe im Sinne von Absatz 1, deren Kosten zu Lasten der betreffenden Gemeinde gehen. \*

<sup>3</sup> Der Gemeindebeitrag deckt die Kosten, die dem RFB für die Stellungnahmen, die er im Rahmen kommunaler Vernehmlassungen verfasst, entstehen. \*

<sup>4</sup> Die Staatskanzlei berechnet einmal pro Jahr den Gemeindebeitrag jeder Gemeinde und stellt ihn ihnen in Rechnung.

## **3 Staatsbeiträge aus dem Lotteriefonds oder aus dem Sportfonds**

### **Art. 6**      *Einreichung der Gesuche und Geschäftsverwaltung*

<sup>1</sup> Die aus dem Berner Jura stammenden Gesuche um Staatsbeiträge aus dem Lotteriefonds oder aus dem Sportfonds sind beim Amt für Migration und Personenstand einzureichen.

<sup>2</sup> Das Amt für Migration und Personenstand registriert und verwaltet die Gesuche und überweist sie an den BJR.

### **Art. 7**      *Befugnisse des BJR*

<sup>1</sup> Der BJR führt das Verfahren in Zusammenarbeit mit dem Amt für Migration und Personenstand, das Anträge stellen kann, durch.

---

<sup>1)</sup> BSG [102.111.20](#)

<sup>2</sup> Übersteigt die Höhe des in Aussicht gestellten Beitrags die Ausgabenbefugnis des BJR, leitet er das Geschäft mit einem allfälligen Antrag an das Amt für Migration und Personenstand weiter. Das Amt für Migration und Personenstand erstellt die entsprechende Vorlage für die Polizei- und Militärdirektion zu Händen der zuständigen Behörde und nimmt zum Antrag des BJR Stellung.

<sup>3</sup> Die Ablehnung von Beitragsgesuchen aus dem Berner Jura wird vom BJR verfügt und begründet.

#### **Art. 8**      *Finanzielle Verwaltung*

<sup>1</sup> Das Amt für Migration und Personenstand zahlt die Beiträge aus.

<sup>2</sup> Die Summen der vom BJR und vom Regierungsrat gesprochenen Beiträge werden in den Fondsrechnungen separat ausgewiesen.

<sup>3</sup> Wird der Finanzrahmen gemäss Artikel 20 SStG<sup>1)</sup> in einem Jahr nicht ausgeschöpft, kann der Restbetrag in den folgenden Jahren verwendet werden.

### **4 Staatsbeiträge aus dem Kulturförderungsfonds \***

#### **Art. 9 \***      *Einreichung der Gesuche und Geschäftsverwaltung*

<sup>1</sup> Die Gesuche um Staatsbeiträge aus dem Kulturförderungsfonds an kulturelle Tätigkeiten im Berner Jura oder mit besonderem Bezug zum Berner Jura sind beim BJR einzureichen, sofern der Beitrag nicht Vorhaben von nationaler, interkantonaler oder gesamtkantonalen Bedeutung dient, mit Ausnahme der interjurassischen Vorhaben. \*

<sup>1a</sup> Der BJR bestätigt den Empfang und leitet das Gesuch weiter an das Amt für Kultur. \*

<sup>2</sup> Das Amt für Kultur registriert und verwaltet die Gesuche und überweist sie gegebenenfalls mit einem Antrag der französischsprachigen Kommission für allgemeine kulturelle Fragen an den BJR.

#### **Art. 10**      *Befugnisse des BJR*

<sup>1</sup> Der BJR führt das Verfahren in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kultur, das Anträge stellen kann, durch.

---

<sup>1)</sup> BSG 102.1

<sup>2</sup> Übersteigt die Höhe des in Aussicht gestellten Beitrags die Ausgabenbefugnis des BJR, leitet er das Geschäft mit einem allfälligen Antrag an das Amt für Kultur weiter. Das Amt für Kultur erstellt die entsprechende Vorlage für die Erziehungsdirektion zu Händen der zuständigen Behörde und nimmt zum Antrag des BJR Stellung.

<sup>3</sup> Die Ablehnung von Beitragsgesuchen aus dem Berner Jura wird vom BJR verfügt und begründet.

#### **Art. 11**      *Finanzielle Verwaltung*

<sup>1</sup> Das Amt für Kultur zahlt die Beiträge aus.

<sup>2</sup> Die Summe der vom BJR und vom Regierungsrat gesprochenen Beiträge wird in der Fondsrechnung separat ausgewiesen.

<sup>3</sup> Wird der Finanzrahmen gemäss Artikel 17 SStG<sup>1)</sup> in einem Jahr nicht ausgeschöpft, kann der Restbetrag in den folgenden Jahren verwendet werden.

### **5 ... \***

#### **Art. 12 \***      ...

## **6 Kulturpolitisches Konzept**

#### **Art. 13**      *Ausarbeitung durch den BJR*

<sup>1</sup> Der BJR erarbeitet sein Konzept der allgemeinen Kulturpolitik in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kultur und der französischsprachigen Kommission für allgemeine kulturelle Fragen.

<sup>2</sup> Er trägt dabei der für den gesamten Kanton festgelegten Kulturpolitik Rechnung und konsultiert den RFB.

#### **Art. 14**      *Französischsprachige Kommission für allgemeine kulturelle Fragen und FRAKO*

<sup>1</sup> Die französischsprachige Kommission für allgemeine kulturelle Fragen ist beratendes Organ für den BJR. Sie nimmt in dieser Eigenschaft die in den Artikeln 11 und 12 der Verordnung vom 7. November 2012 über die Organisation der kantonalen Kulturförderung und die Kulturkommissionen (OKKV)<sup>2)</sup> genannten Aufgaben wahr.<sup>3)</sup> \*

---

<sup>1)</sup> BSG 102.1

<sup>2)</sup> Aufgehoben durch Kantonale Kulturförderungsverordnung vom 13. 11. 2013, BSG 423.411.1

<sup>3)</sup> Fassung vom 7. 11. 2012

<sup>2</sup> Die Französischsprachige Koordinationskonferenz (FRAKO) koordiniert die Beziehungen zwischen den zuständigen Organisationseinheiten und beteiligt sich an der administrativen Verwaltung der Geschäfte.

## **7 Schulkoordination mit der französischsprachigen Schweiz und dem Kanton Jura**

### **Art. 15**      *Aufgaben der FRAKO*

<sup>1</sup> Die FRAKO ist für die Behandlung der Geschäfte gemäss Artikel 24 SStG<sup>1)</sup> Ansprechpartnerin des BJR und des RFB.

<sup>2</sup> Sie koordiniert die Beziehungen zwischen den beiden Räten und den zuständigen Stellen der Erziehungsdirektion und beteiligt sich an der administrativen Verwaltung der Geschäfte.

### **Art. 16**      *Interkantonale Beziehungen*

#### *1. Im Allgemeinen*

<sup>1</sup> Der BJR und der RFB üben ihre Kompetenzen gemäss Artikel 23 Absatz 1 und Artikel 45 Absatz 1 SStG<sup>2)</sup> in Zusammenarbeit mit der FRAKO aus.

<sup>2</sup> Sie bestimmen aus ihrer Mitte je eine oder mehrere Delegationen, die sie bei Geschäften im Zusammenhang mit interkantonalen Beziehungen vertreten. Die Delegationen des RFB setzen sich ausschliesslich aus Mitgliedern aus den Einwohnergemeinden Biel und Leubringen zusammen. \*

### **Art. 17**      *2. Innerhalb der Konferenzen und ständigen Kommissionen der EDK/SR+TI*

<sup>1</sup> Die Mitglieder der FRAKO vertreten den Kanton innerhalb der Konferenzen und ständigen Kommissionen der Interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessins (EDK/SR+TI).

<sup>2</sup> Sie nehmen im Hinblick auf die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen der Konferenzen und ständigen Kommissionen regelmässig Rücksprache mit den Delegationen des BJR und des RFB.

---

<sup>1)</sup> BSG 102.1

<sup>2)</sup> BSG 102.1

**Art. 18**     3. *Innerhalb der nicht ständigen Kommissionen und der interkantonalen Arbeitsgruppen der EDK/SR+TI*

<sup>1</sup> Die durch den BJR und den RFB bezeichneten Delegationen oder einzelne Mitglieder dieser Delegationen bilden zusammen mit den Mitgliedern der FRA-KO die Delegation des französischsprachigen Kantonsteils in den nicht ständigen Kommissionen sowie in den interkantonalen Arbeitsgruppen der EDK/SR+TI.

## 8 Politische Mitwirkung

**Art. 19**     *Gegenstände gemäss Artikel 31 Buchstaben g und h SStG \**

<sup>1</sup> Die in Artikel 31 Buchstabe g SStG<sup>1)</sup> vorgesehene politische Mitwirkung betrifft folgende Geschäfte aus den Direktionen und der Staatskanzlei: \*

- a Entscheidungen, die den Berner Jura besonders betreffen und die für ihn von allgemeiner Tragweite sind oder denen grosse politische Bedeutung zukommt;
- b Entscheidungen, die das französischsprachige Personal der Kantonsverwaltung besonders und insgesamt betreffen;
- c Entscheidungen im Zusammenhang mit den gemeinsamen Institutionen gemäss Artikel 27 und 28 SStG.

<sup>2</sup> Die in Artikel 31 Buchstabe h SStG vorgesehene politische Mitwirkung betrifft die Ernennungsverfügungen für folgende Funktionen: \*

- a französischsprachige Vizestaatschreiberin bzw. französischsprachiger Vizestaatschreiber,
- b französischsprachige Generalsekretärin bzw. französischsprachiger Generalsekretär oder französischsprachige stellvertretende Generalsekretärin bzw. französischsprachiger stellvertretender Generalsekretär der Erziehungsdirektion,
- c \* Grundbuchverwalterin bzw. Grundbuchverwalter der Verwaltungsregion Berner Jura,
- d \* ...
- e \* Vorsteherin bzw. Vorsteher oder stellvertretende Vorsteherin bzw. stellvertretender Vorsteher des regionalen Betreibungs- und Konkursamts Berner Jura,
- f \* ...
- g Oberingenieurin bzw. Oberingenieur der Dienststelle Berner Jura des Oberingenieurkreises III,

---

<sup>1)</sup> BSG 102.1

- h* Chefin bzw. Chef der stationierten und der mobilen Polizei des Berner Juras,
- i* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Verwaltungsstelle des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR),
- k* \* Präsidentin oder Präsident der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Berner Jura (KESB Berner Jura),
- l* \* Leiterin oder Leiter der Zweigstelle Berner Jura des Amts für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM),
- m* \* Beauftragte oder Beauftragter für französischsprachige und zweisprachige Angelegenheiten des Amts für Kultur (AK) und gleichzeitig Kulturbeauftragte oder Kulturbeauftragter des BJR,
- n* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Abteilung des Amts für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB),
- o* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Abteilung des Mittelschul- und Berufsbildungsamts (MBA),
- p* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Abteilung des Amts für Hochschulen (AH),
- q* \* Schulinspektorinnen und Schulinspektoren des regionalen Schulinspektors Welschbiel-Berner Jura,
- r* \* Regionalleiterin oder Regionalleiter sowie stellvertretende Regionalleiterin oder stellvertretender Regionalleiter des Berufsberatungs- und Informationszentrums der Region Französischsprachiger Kantonsteil (BIZ der Region Französischsprachiger Kantonsteil),
- s* \* stellvertretende Regierungsstatthalterin oder stellvertretender Regierungsstatthalter des Verwaltungskreises Berner Jura,
- t* \* Regionalpfarrerin oder Regionalpfarrer für den evangelisch-reformierten Pfarrkreis Jura-Bienne.

**Art. 20** *Gegenstände gemäss Artikel 6 Absatz 1 RFB VV \**

<sup>1</sup> Die in Artikel 6 Absatz 1 RFB VV vorgesehene politische Mitwirkung betrifft folgende Geschäfte aus den Direktionen und der Staatskanzlei: \*

- a* Entscheidungen, die die französischsprachige Bevölkerung des zweisprachigen Amtsbezirks Biel besonders betreffen und die für sie von allgemeiner Tragweite sind oder denen grosse politische Bedeutung zukommt;
- b* Entscheidungen, die das französischsprachige Personal der Kantonsverwaltung besonders und insgesamt betreffen.

<sup>2</sup> Die in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b RFB VV vorgesehene politische Mitwirkung betrifft die Staatsbeitragsgesuche für kulturelle Tätigkeiten aus dem Verwaltungskreis Biel/Bienne. \*

<sup>3</sup> Die in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d RFB VV vorgesehene politische Mitwirkung betrifft die Ernennungsverfügungen für folgende Funktionen: \*

- a* französischsprachige Vizestaatschreiberin bzw. französischsprachiger Vizestaatschreiber,
- b* französischsprachige Generalsekretärin bzw. französischsprachiger Generalsekretär oder französischsprachige stellvertretende Generalsekretärin bzw. französischsprachiger stellvertretender Generalsekretär der Erziehungsdirektion,
- c* Grundbuchverwalterin bzw. Grundbuchverwalter des Grundbuchkreises II,
- d* Handelsregisterführerin bzw. Handelsregisterführer oder stellvertretende Handelsregisterführerin bzw. stellvertretender Handelsregisterführer der Region Seeland-Berner Jura,
- e* Vorsteherin bzw. Vorsteher oder stellvertretende Vorsteherin bzw. stellvertretender Vorsteher des regionalen Betriebs- und Konkursamts Berner Jura-Seeland,
- f* \* ...
- g* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Verwaltungsstelle des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR),
- h* \* Präsidentin oder Präsident der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Biel/Bienne (KESB Biel/Bienne),
- i* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Verwaltungsstelle des Amts für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM),
- k* \* Beauftragte oder Beauftragter für französischsprachige und zweisprachige Angelegenheiten des Amts für Kultur (AK) und gleichzeitig Kulturbeauftragte oder Kulturbeauftragter des BJR,
- l* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Abteilung des Amts für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB),
- m* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Abteilung des Mittelschul- und Berufsbildungsamts (MBA),
- n* \* Leiterin oder Leiter der französischsprachigen Abteilung des Amts für Hochschulen (AH),
- o* \* Schulinspektorinnen und Schulinspektoren des regionalen Schulinspektorats Welschbiel-Berner Jura,
- p* \* Regionalleiterin oder Regionalleiter sowie stellvertretende Regionalleiterin oder stellvertretender Regionalleiter des Berufsberatungs- und Informationszentrums der Region Französischsprachiger Kantonsteil (BIZ der Region Französischsprachiger Kantonsteil),



- q* \* stellvertretende Regierungstatthalterin oder stellvertretender Regierungstatthalter des Verwaltungskreises Biel/Bienne, sofern die Regierungstatthalterin oder der Regierungstatthalter deutschsprachig ist,
- r* \* Regionalpfarrerin oder Regionalpfarrer für den evangelisch-reformierten Pfarrkreis Jura-Bienne.

### **Art. 21**      *Verfahren*

<sup>1</sup> Die Direktionen und die Staatskanzlei hören den BJR und den RFB zu Geschäften an, die die politische Mitwirkung betreffen, und zwar

- a* bei Vernehmlassungsverfahren gleichzeitig mit den Behörden, Organisationen und interessierten Kreisen und
- b* in allen anderen Fällen, bevor der Gegenstand der zuständigen Behörde zum Beschluss vorgelegt wird.

<sup>2</sup> Beruht das Geschäft auf einer parlamentarischen Initiative, schickt die zuständige Kommission ihren Entwurf während des in Artikel 72 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Grossen Rat vom 9. Mai 1989 (GO)<sup>1)</sup> vorgesehenen Vernehmlassungsverfahrens an den BJR sowie an den RFB.

<sup>3</sup> Der BJR und der RFB verfügen über dieselbe Beantwortungsfrist wie die anderen Vernehmlassungsteilnehmerinnen und Vernehmlassungsteilnehmer. Findet kein Vernehmlassungsverfahren statt, steht ihnen, ausser in dringlichen Fällen, eine Beantwortungsfrist von mindestens drei Wochen zu.

## **9 Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### **Art. 22**      *Übergangsbestimmungen*

<sup>1</sup> Artikel 15 und 19 SStG<sup>2)</sup> gelten nicht für Beitragsgesuche, die vor der vollständigen Einsetzung des Bernjurassischen Rats eingereicht worden sind.

<sup>2</sup> Die Finanzrahmen, die dem BJR für das Jahr 2006 zur Verfügung stehen (Art. 17 und 20 SStG), werden um den Betrag der Beiträge reduziert, die vor der vollständigen Einsetzung des BJR bewilligt worden sind.

### **Art. 23**      *Änderung von Erlassen*

<sup>1</sup> Folgende Erlasse werden geändert:

1. Verordnung vom 10. Dezember 1980 über die politischen Rechte (VPR)<sup>3)</sup>:

---

<sup>1)</sup> BSG 151.211.1

<sup>2)</sup> BSG 102.1

<sup>3)</sup> Aufgehoben durch V vom 4. 9. 2013 über die politischen Rechte, BSG 141.112

2. Verordnung vom 18. Oktober 1995 über die Organisation und die Aufgaben der Staatskanzlei (Organisationsverordnung STA, OrV STA)<sup>1)</sup>;
3. Verordnung vom 27. November 1995 über die Organisation und die Aufgaben der Erziehungsdirektion (Organisationsverordnung ERZ, OrV ERZ)<sup>2)</sup>;
4. Verordnung vom 7. Oktober 1998 über die kulturellen Kommissionen (VKK)<sup>3)</sup>;
5. Sportfondsverordnung vom 29. Oktober 2003<sup>4)</sup>;
6. Lotterieverordnung (LV) vom 20. Oktober 2004<sup>5)</sup>;

**Art. 24** *Aufhebung eines Erlasses*

<sup>1</sup> Die Verordnung vom 25. Mai 1994 über die Verstärkung der politischen Mitwirkung des Berner Juras und der französischsprachigen Bevölkerung des Amtsbezirks Biel (Verordnung über die politische Mitwirkung, MBJV) (BSG 104.111) wird aufgehoben.

**Art. 25** *Inkrafttreten*

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Bern, 2. November 2005

Im Namen des Regierungsrates  
Der Präsident: Annoni  
Der Staatsschreiber: Nuspliger

---

<sup>1)</sup> BSG 152.211

<sup>2)</sup> BSG 152.221.181

<sup>3)</sup> Aufgehoben, jetzt Kantonale Kulturförderungsverordnung vom 13. 11. 2013; BSG 423.411.1

<sup>4)</sup> Aufgehoben durch Sportfondsverordnung vom 24. 3. 2010; BSG 437.63

<sup>5)</sup> BSG 935.520

## Änderungstabelle - nach Beschluss

<b>Beschluss</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>Element</b>	<b>Änderung</b>	<b>BAG-Fundstelle</b>
02.11.2005	01.01.2006	Erlass	Erstfassung	05-130
14.10.2009	01.01.2010	Art. 19 Abs. 2, c	geändert	09-119
14.10.2009	01.01.2010	Art. 19 Abs. 2, d	aufgehoben	09-119
14.10.2009	01.01.2010	Art. 19 Abs. 2, e	geändert	09-119
07.11.2012	01.01.2013	Titel 4	geändert	12-105
07.11.2012	01.01.2013	Art. 9	geändert	12-105
07.11.2012	01.01.2013	Titel 5	aufgehoben	12-105
07.11.2012	01.01.2013	Art. 12	aufgehoben	12-105
07.11.2012	01.01.2013	Art. 14 Abs. 1	geändert	12-105
07.11.2012	01.01.2013	Art. 20 Abs. 2	geändert	12-105
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2	geändert	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, i	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, k	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, l	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, m	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, n	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, o	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, p	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, q	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, r	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, s	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 19 Abs. 2, t	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, g	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, h	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, i	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, k	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, l	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, m	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, n	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, o	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, p	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, q	eingefügt	13-62
03.07.2013	01.09.2013	Art. 20 Abs. 3, r	eingefügt	13-62
26.10.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 2, f	aufgehoben	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 3, f	aufgehoben	16-070
21.12.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1	geändert	17-002
21.12.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1a	eingefügt	17-002
21.12.2016	01.01.2017	Art. 19	Titel geändert	17-002
21.12.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 1	geändert	17-002
21.12.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 2	geändert	17-002
21.12.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 2, m	geändert	17-002
21.12.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 3	geändert	17-002

<b>Beschluss</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>Element</b>	<b>Änderung</b>	<b>BAG-Fundstelle</b>
21.12.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 3, k	geändert	17-002
21.06.2017	01.08.2017	Art. 5 Abs. 1	geändert	17-031
21.06.2017	01.08.2017	Art. 5 Abs. 2	geändert	17-031
21.06.2017	01.08.2017	Art. 5 Abs. 3	geändert	17-031
21.06.2017	01.08.2017	Art. 16 Abs. 2	geändert	17-031
21.06.2017	01.08.2017	Art. 20	Titel geändert	17-031
21.06.2017	01.08.2017	Art. 20 Abs. 1	geändert	17-031
21.06.2017	01.08.2017	Art. 20 Abs. 2	geändert	17-031
21.06.2017	01.08.2017	Art. 20 Abs. 3	geändert	17-031

### Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	02.11.2005	01.01.2006	Erstfassung	05-130
Art. 5 Abs. 1	21.06.2017	01.08.2017	geändert	17-031
Art. 5 Abs. 2	21.06.2017	01.08.2017	geändert	17-031
Art. 5 Abs. 3	21.06.2017	01.08.2017	geändert	17-031
Titel 4	07.11.2012	01.01.2013	geändert	12-105
Art. 9	07.11.2012	01.01.2013	geändert	12-105
Art. 9 Abs. 1	21.12.2016	01.01.2017	geändert	17-002
Art. 9 Abs. 1a	21.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-002
Titel 5	07.11.2012	01.01.2013	aufgehoben	12-105
Art. 12	07.11.2012	01.01.2013	aufgehoben	12-105
Art. 14 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	12-105
Art. 16 Abs. 2	21.06.2017	01.08.2017	geändert	17-031
Art. 19	21.12.2016	01.01.2017	Titel geändert	17-002
Art. 19 Abs. 1	21.12.2016	01.01.2017	geändert	17-002
Art. 19 Abs. 2	03.07.2013	01.09.2013	geändert	13-62
Art. 19 Abs. 2	21.12.2016	01.01.2017	geändert	17-002
Art. 19 Abs. 2, c	14.10.2009	01.01.2010	geändert	09-119
Art. 19 Abs. 2, d	14.10.2009	01.01.2010	aufgehoben	09-119
Art. 19 Abs. 2, e	14.10.2009	01.01.2010	geändert	09-119
Art. 19 Abs. 2, f	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-070
Art. 19 Abs. 2, i	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, k	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, l	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, m	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, m	21.12.2016	01.01.2017	geändert	17-002
Art. 19 Abs. 2, n	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, o	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, p	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, q	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, r	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, s	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 19 Abs. 2, t	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20	21.06.2017	01.08.2017	Titel geändert	17-031
Art. 20 Abs. 1	21.06.2017	01.08.2017	geändert	17-031
Art. 20 Abs. 2	07.11.2012	01.01.2013	geändert	12-105
Art. 20 Abs. 2	21.06.2017	01.08.2017	geändert	17-031
Art. 20 Abs. 3	21.12.2016	01.01.2017	geändert	17-002
Art. 20 Abs. 3	21.06.2017	01.08.2017	geändert	17-031
Art. 20 Abs. 3, f	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-070
Art. 20 Abs. 3, g	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, h	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, i	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62

<b>Element</b>	<b>Beschluss</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>Änderung</b>	<b>BAG-Fundstelle</b>
Art. 20 Abs. 3, k	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, k	21.12.2016	01.01.2017	geändert	17-002
Art. 20 Abs. 3, l	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, m	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, n	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, o	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, p	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, q	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62
Art. 20 Abs. 3, r	03.07.2013	01.09.2013	eingefügt	13-62